

## **Treffen von Unconditional Basic Income Europe und des 2. slowenischen Grundeinkommenskongresses in Maribor, Slowenien, am 19.-22. März 2015**

19.3.2015

In Maribor, Slowenien, tagt der zweite slowenische Grundeinkommenskongress zusammen mit dem europäischen Netzwerk Unconditional Basic Income Europe. Dieses war 2013 aus der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen hervorgegangen und umfasst Mitglieder aus über 20 europäischen Ländern. Die Tagung steht unter dem Motto „bge und Ungleichheit in der Gesellschaft“. Am ersten Tag sprachen dazu AktivistInnen aus Slowenien, den USA und Deutschland, darunter auch Werner Rätz zum Thema „Einkommensungleichheit, Gesundheit und Grundeinkommen“. Am zweiten Tag wird die Vorstellung verschiedener Grundeinkommensnetzwerke aus Europa folgen sowie ein weiteres Panel mit einzelnen Aspekten des Gesamthemas. Darunter nimmt erstaunlicherweise auch die Frage der Finanzierung eines bge großen Raum ein. Sie erscheint einigen Aktiven offenbar sehr wichtig. Dabei existieren nach wie vor große Illusionen in die heilsame Wirkung einer Mehrwertsteuerfinanzierung, die allerdings in den Debatten durchaus auch offensiv infrage gestellt wurden.

20.3.2015

Beim zweiten slowenischen Grundeinkommenskongress zeigt sich die Vielfalt der europäischen Grundeinkommensbewegung in großer Breite. Da sind lange existierende Netzwerke wie das deutsche, österreichische oder schweizerische ebenso vertreten wie diejenigen aus Estland oder Bulgarien, die erst durch die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen im Jahr 2013 überhaupt von der Idee gehört haben. Trotzdem hatten die erhebliche bessere Ergebnisse bei der Unterschriftensammlung erreicht als die alteingesessenen. Da gibt es Netzwerke, die sehr deutlich Teil der sozialen Bewegungen und Kämpfe in ihren Ländern sind, und solche, die sich ausschließlich auf die Förderung des Grundeinkommens beschränken. Da wird von einigen eine umfassende Aktivität für eine unmittelbare Einführung des bge entfaltet, während andere das Gewicht auf die Propagierung der Idee legen.

Die Vielfalt hat allerdings auch ihre anstrengenden Seiten. Einige sind vor lauter Eifer, schnell zu realen Ergebnissen zu kommen, zu allen denkbaren Kompromissen bereit, bei denen die Frage, ob solche Maßnahmen denn überhaupt soziale Fortschritte brächten, kaum noch eine Rolle spielt: „Schon zehn oder fünfzehn Euro könnten sehr viel sein“, hieß es etwa. Einige legen auf die unbestreitbar wichtigen psychologischen Auswirkungen, die ein bge hätte, solchen Wert, dass die Realität verschwindet: „Wenn du dir bewusst wirst, was ein erfülltes Leben alles bedeutet, dann kommen die Jobs von alleine!“ Vor lauter Verständnis für die Idee, dass alle das bge bekommen sollen, verschwinden die Klassen auf einmal: „Wir sind alle Kapitalisten. Wir besitzen Bücher, Computer, Handys, das ist Kapitalismus!“ Einige beziehen sich unverblümt positiv auf Hayek oder Friedman, die man nur „richtig verstehen“ müsse. Und besonders ärgerlich finde ich den massiven Versuch, die Bewegung auf eine Finanzierung durch die angeblich gerecht auszugestaltende Komsum/Mehrwertsteuer festzulegen.

22.3.2015

Unconditional Basic Income Europe, das aus der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen 2014 hervorgegangene europaweite Netzwerk von bge-Initiativen und -UnterstützerInnen, führte am 21. und 22. März in Maribor/Slowenien sein 3. Treffen durch. Nachdem die beiden ersten Zusammenkünfte sehr stark davon geprägt waren, dass weit über 20 Organisationen aus ebensovielen Ländern mit vollständig unterschiedlichen politischen Traditionen und Erfahrungen erst einmal zusammenfinden mussten, stand nun der ehrgeizige Plan auf der Tagesordnung, eine gemein-

same politische Strategie für die nächsten Jahre zu entwickeln.

Dass dies nicht einfach sein und Kompromisse verlangen würde, war vorher klar. Die Attac AG genug für alle, für die ich an dem Treffen teilgenommen habe, ist wahrscheinlich die entschiedenste Vertreterin einer Position, die die baldige Einführung eines Grundeinkommens nicht nur für unwahrscheinlich, sondern auch für eher nicht wünschenswert hält. Wir können uns nicht vorstellen, wie neoliberal dominierte Parlamente und Regierungen, wie sie überall in der Europa existieren, ein emanzipatorisches Grundeinkommen einführen würden. Und lieber als ein neoliberales, das die Menschen schlechter stellt als zuvor, wollen wir dann den alten Zustand behalten.

Aber es gab und gibt natürlich andere Sichtweisen. Dabei glauben auch aus den jungen und politisch noch unerfahrenen Netzwerken kaum Menschen an die reine Kraft des besseren Arguments. Alle waren sich vielmehr bewusst, dass man Regierungen nicht einfach überzeugen kann. Mehr Projekte, die die Machbarkeit belegen, befürworteten viele – auch dem stehen wir eher skeptisch gegenüber, zerlegt es die Idee eines Grundrechts doch in mildtätige Fürsorgeprojekte. Politisches Lobbying ist ein weiteres für wirksam gehaltenes Mittel. Und es wurde auch beschlossen, den Versuch zu machen, bis zum Jahr 2020 mindestens 100 EuropaparlamentarierInnen für die Idee des bge zu gewinnen. Man kann das sicherlich tun, sollte aber vorsichtig mit den Erwartungen sein, damit die eventuelle Enttäuschung nicht zu groß ist.

Volle Übereinstimmung gab es darin, dass die Grundeinkommensbewegung in Europa bekannter werden muss. Bessere Zugänglichkeit von inhaltlichem Material, umfassende Präsenz im Internet und in den sozialen Medien, die Schaffung von Instrumenten eigener Öffentlichkeitsarbeit, das Zeigen eines klaren und (wieder)erkennbaren Profils, das Gewinnen von mehr aktiven MitstreiterInnen und manches andere wurde konkret verabredet. Ein neu gegründeter und in Belgien eingetragener Verein wird das alles betreiben, eine Koordinierungsgruppe wird es zusammenhalten.

Das wichtigste Ergebnis des Treffens aber war eine umfassende politische Debatte, in der man sich darauf einigte, dass

- auch schon einzelne Schritte hin zu einem bge die Ärmsten, aber auch die Mehrheit der Gesellschaft besser stellen müssen
- die EU demokratisiert werden muss, wenn ein bge möglich werden soll
- die Beseitigung der Austeritätspolitik Voraussetzung für die Einführung eines bge ist
- ein bge die bestehenden Sozialsysteme und öffentlichen Dienste verbessern muss
- ein bge Ungleichheit abbauen muss.

Damit sind wichtige Präzisierungen geleistet worden, die das Projekt von UBI Europe deutlich von neoliberalen Grundeinkommensmodellen abgrenzen. Und zugleich ist der politische Realismus des Netzwerkes geschärft worden. Alles in allem war das Treffen also ein großer Fortschritt hin zu einer emanzipatorischen europäischen Bewegung.